

Neustadt
Dresden,
in der Expedi-
tion, N. Meißn.
Gasse Nr. 3,
zu haben.

Sächsische Vorzeitung.

Preis:
vierteljährlich
12 1/2 Ngr. Zu
beziehen durch
alle lgl. Post-
Anstalten.

Ein unterhaltendes Blatt für den Bürger und Landmann.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag früh.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers C. Heinrich.

Politische Weltschau.

Deutschland. Es ist ein bekannter Kunstkniff der Diplomatie, dann und wann Fühler herauszustrecken, um über gewisse Dinge die öffentliche Meinung zu sondiren. Findet man dieselbe indifferent und zu einer Aktion nicht aufgelegt, so wird der Fühler zurückgezogen. Zu solcher Manipulation diente in den letzten Tagen die nordschleswigsche Frage. Französische Blätter brachten nämlich die Nachricht, die dänische Regierung habe eine Depesche entworfen, in welcher Preußen direkt an die Ausführung der Bestimmungen des Prager Friedens gemahnt werde. Nachdem diese Mittheilung die Kunde in der europäischen Presse gemacht, ohne irgendwo die Geister in Aufregung zu versetzen, zog man den Fühler zurück und dementirte sowohl von Kopenhagen als von Paris die Richtigkeit der Meldung. Nichtsdestoweniger hat dieses Tacten und Fühlen dazu geführt, die nordschleswigsche Frage wieder etwas in den Vordergrund politischer Diskussionen zu bringen. Es ist bekannt, daß die dänische Regierung die Abtretungslinie bis nach Flensburg vorgeschoben wissen will, so daß Düppel und Alsen wieder in ihre Hände fielen. Den Grund dieser über Erwarten ausgedehnten Forderung erklärt die „Augsb. Allg. Ztg.“ aus der politischen Lage, indem sie sagt: „Seit dem Anfang des Jahres 1867 ist Norddeutschland in der französischen Presse jeder Gattung mit einem Eroberungskriege bedroht worden. Wie friedlich auch die Sprache der französischen Regierung lauten mochte, jene Organe, welche sich zum Theil der vertraulichen Beziehungen zu dem Tuilerien-Kabinet rühmten, forderten den Einfall französischer Heere in Deutschland. War es da nicht natürlich, daß die Parteien in Dänemark jede Lösung verworfen haben würden, welche die Einverleibung von Alsen und Düppel ausgeschlossen hätte. Die Besprechungen mit Dänemark sind Angesichts dieser Ueberfallbedrohungen geführt worden. Geseht, Preußen hätte die Konzeption gemacht, und jene Territorien, welche durch das Gesetz vom 24. December 1866 Theile der preussischen Monarchie geworden sind, an Dänemark ausgeliefert, glaubt man, daß die Kriegsagitation in Frankreich gegen Norddeutschland sich vermindert haben würde? Gewiß nicht! Bald waren jenen Kriegsfreunden die deutschen Grenzfestungen Dinge, welche Frankreich bedrohten; bald sollte Preußen Pläne schmieden, welche auf die Einverleibung Hollands gerichtet waren; bald Italien gegen Rom heßen; bald auf die Zerstückelung Oesterreichs oder die Erwerbung Süddeutschlands bedacht sein. Und welche Rechte konnte Dänemark für seine Forderungen in der angeedeuteten Ausdehnung geltend machen? Die französischen Vorschläge zu den Nikolsburger Präliminarien, diese selbst, sowie der Prager Friede sprechen stets von den „nördlichen Distrikten“ Schleswigs, nicht von Nordschleswig, in welchen die Bevölkerung befragt werden soll. Am 19. Juli 1866 schrieb der französische Minister an den Botschafter am preussischen Hofe: „Wir sind nicht Schiedsrichter, welche den Parteien eine Lösung auferlegen können, auch nicht Unterhändler, die einen unmittelbaren Antheil an den herbeizuführenden Arrangements haben. Wir haben daher auch die Präliminarien nicht mit zu unterzeichnen“ u. Diese Verhältnisse wird man bei der Beurtheilung der Stellung Preußens in

der nordschleswigschen Frage in Erwägung zu ziehen haben. Die Sprach- oder Nationalitätsfrage Schleswigs ist kein Gegenstand der Erörterung bei den Friedensverhandlungen in Prag gewesen. Preußen wollte mit jener Zusage auf den Wunsch Frankreichs nur seine Bereitwilligkeit zu erkennen geben, einen „kleinen“ Gebietsheil nach Befragung der Bevölkerung an Dänemark zurück zu geben.“

Der Ausschuss des deutschen Handelstages hat Leipzig zum Ort für die nächste, im Jahre 1871 zusammentretende Versammlung erwählt. — Der Beginn der Verhandlungen über den Abschluß eines Postvertrages zwischen Norddeutschland und Italien ist vom 26. Oct. auf den 2. Nov. d. J. verlegt worden.

Preußen. „Nur keine Konzeptionen an die Liberalen“ — das war von jeher das Schlagwort der preussischen Junker. Diesmal soll es dem Lande eine neue Steuer, oder einen Zuschlag zur Einkommen und Klassensteuer ersparen, womit eigentlich von Hause aus die Deckung des Defizits beabsichtigt war. Es wird nämlich von Berliner Blättern erzählt, daß im Schooße des Ministeriums selber Bedenken gegen die Deckung des Defizits durch eine neue Steuer, oder durch einen 25prozentigen Zuschlag zu den persönlichen Steuern laut geworden sind, und zwar aus folgenden Gründen. Von Politikern, welche es sich zur Lebensaufgabe gestellt haben, die Interessen der konservativen Partei im preussischen Staate zur Geltung zu bringen, oder vielmehr in Geltung zu erhalten, ist an maßgebender Stelle darauf hingewiesen worden, daß das Abgeordnetenhaus in seiner Majorität nicht geneigt sein dürfte, der Regierung den betreffenden Steuerzuschlag ohne Zugeständnisse auf politischem Gebiet zu bewilligen, von denen natürlich die konservative Partei um so weniger etwas wissen will, als es nach den bisherigen Erfahrungen sehr zweifelhaft ist, ob es der Regierung gelingen werde, ein beiden Seiten annehmbares Maß von Zugeständnissen zu vereinbaren. Ebenso wurde für den Fall der Verwerfung der Steuervorschläge die Auflösung des Abgeordnetenhauses in den Kreis der Ministerberatungen gezogen; da man sich aber sagte, daß die Auflösung des Hauses in einer Steuerfrage eine Maßregel von sehr zweifelhaftem Erfolge sei, die möglicherweise bei der Neuwahl zur Verstärkung des liberalen Elements führen könnte, so ließ man auch diesen Gedanken fallen. Um allen Misslichkeiten aus dem Wege zu gehen, will nun das Ministerium aus den verfügbaren Aktiv-Kapitalien so viel zusammenbringen, als zur Ausgleichung des Staatshaushalts-Etats für 1869 nothwendig ist. Wie Jedermann einsieht, bleibt dies immer nur eine momentane Hilfe, doch hält man die Hoffnung fest, durch den norddeutschen Reichstag mehr Steuern bewilligt zu sehen, weil bei dessen Etatsberatungen der unangenehme Mähler-Eulenburg'sche Beigeschmack nicht zum Ausdruck kommt. Wir wollen's abwarten. — Der Minister des Innern, Graf Eulenburg, unternahm unlängst eine Reise nach Hannover und hat — Dank den National-Liberalen — den Zweck glücklich erreicht, den er sich vorgesezt hatte. Es handelte sich nämlich darum, das ständische Prinzip bei der Verwaltung des Provinzialfonds unverfälscht zu erhalten. Im Provinzial-Landtage drohten die National-Liberalen, welche die Majorität bilden, dies ständische Prinzip dadurch zu verkümmern, daß sie die Kommission zur Verwaltung des Pro-